Geschäftszeichen 1/10/100 He	Datum 30.09.2010	Vorlage-Nr. XVI-0811/2010
--	----------------------------	-------------------------------------

Beratungsfolge:	Sitzung	Sitzung am:	Entscheidung
Jugendhilfeausschuss	öffentlich	25.10.2010	
Ausschuss für Schule, Kultur und Sport	öffentlich	27.10.2010	
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit	öffentlich	28.10.2010	
Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit	öffentlich	01.11.2010	
Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten	öffentlich	03.11.2010	
Kreisausschuss	nicht öffentlich	15.11.2010	
Kreistag	öffentlich	13.12.2010	

Betreff

Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2011

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2011 sowie die mittelfristige Finanzplanung für den Planungszeitraum 2012 bis 2014 werden auf der Grundlage der vorgelegten Entwürfe mit den in der Kreistagssitzung angenommenen Änderungsempfehlungen beschlossen.

Das Haushaltssicherungskonzept wird für das Haushaltsjahr 2011 fortgeschrieben.

Die Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2011 wird unter Berücksichtigung der vom Kreistag angenommenen Änderungen auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfes beschlossen.

Aufwand Euro	Produktkonto	☐ Ergebnishaushalt ☐ Finanzhaushalt	Haushaltsjahr 2011
Mittel stehen			
☐ zur Verfügung	☐ nicht zur Verfügung	☐ nur bereit i. H. v. Euro	
Deckungsvorschlag			
☐ Mehrertrag bei	☐ Minderaufwand bei		
Die Maßnahme dient dem strategischen Politikfeldziel „_____“			
Das Ziel ist ein Handlungsschwerpunkt ? ☐ ja ☐ nein			

Begründung:

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplanes und die daraus resultierende Haushaltssatzung für den Landkreis Wolfenbüttel sieht folgende Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen vor:

1. Ergebnishaushalt

1.1 der ordentlichen Erträge auf	127.761.800,00 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	134.741.600,00 €
1.3 der außerordentlichen Erträge	0,00 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen	0,00 €

2. Finanzhaushalt

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	124.700.600,00 €
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	131.292.200,00 €
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	2.504.300,00 €
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	13.004.400,00 €
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	11.507.700,00 €
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	3.341.100,00 €

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	138.712.600,00 €
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	147.637.700,00 €

Ergebnishaushalt

In der Steuerschätzung vom November 2009 wurden noch steigende wirtschaftliche Erwartungen prognostiziert. Die Steuerschätzung vom Mai 2010 musste diese Erwartungen allerdings revidieren. Denn dort wurden die voraussichtlichen Steuereinnahmen für 2010 insgesamt um 1,2 Mrd. Euro nach unten korrigiert. Für die kommunalen Steuereinnahmen werden die Schätzergebnisse für 2010 Mindereinnahmen von 1 Mrd. Euro bedeuten. Die Erwartungen für die Jahre 2011 bis 2013 wurden gegenüber der Mai-Schätzung 2009 um 37,7 Mrd. Euro nach unten gesetzt. Für die Gemeinden wurden die Steuereinnahmeerwartungen für 2011 bis 2013 um 10,9 Mrd. Euro nach unten korrigiert. Zwei Drittel der verminderten Schätzeinnahmen sind auf Steuerrechtsänderungen zurückzuführen, der Rest auf (konjunkturell bedingte) Schätzkorrekturen. Real sind 2010 gegenüber dem Vorjahr sinkende Steuereinnahmen zu erwarten.

Ab 2011 werden die durch die Wirtschaftskrise und die zu ihrer Bewältigung ergriffenen steuerlichen Maßnahmen gesunkenen Steuereinnahmen insgesamt zwar wieder von Jahr zu Jahr ansteigen, aber erst im Jahr 2013 werden sie wieder das Niveau des Jahres 2008 erreichen. 2011 wird das Steueraufkommen gegenüber der bisherigen Steuerschätzung zudem insgesamt um 11,7 Mrd. Euro geringer ausfallen als im Mai 2009 angenommen. Gegenüber 2010 werden die Steuereinnahmen leicht um 0,9 % steigen. Der höchste Zuwachs wird für die Kommunen mit 2,7 % erwartet.

Rechnerisch können die kommunalen Gebietskörperschaften damit für 2010 im kommunalen Finanzausgleich mit einer positiven Steuerverbundabrechnung in Höhe von 19,6 Mio. Euro rechnen. Für 2011 wird hingegen eine Minderung des kommunalen Finanzausgleichs um 65,1 Mio. Euro gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung prognostiziert. Überschlägig dürfte das Niveau des kommunalen Finanzausgleichs daher im nächsten Jahr auf gut 2,7 Mrd. Euro anwachsen.

Die seitens des Bundes versprochene Entlastung der kommunalen Seite durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist immer noch nicht im erwünschten Maße eingetreten. Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft bleibt wahrscheinlich auch im Jahr 2011 bei 23 %. Für das Jahr 2011 hat der DLT erste vorläufige Berechnungen nach der gesetzlichen Anpassungsformel sowohl unter Zugrundelegung der Veränderung der Anzahlen von Bedarfsgemeinschaften als auch unter Zugrundelegung der tatsächlichen Gesamtausgaben vorgenommen. Den Berechnungen zu den Bedarfsgemeinschaften liegen dabei die Daten bis einschließlich März 2010 zu Grunde. Für die Vergleichsberechnung der Bundesbeteiligung auf der Grundlage der tatsächlichen Gesamtausgaben stehen Ausgabedaten bereits vollständig bis einschließlich Juni 2010 zur Verfügung. Danach ergibt sich derzeit eine Bundesbeteiligung für das Jahr 2011 von bundesdurchschnittlich 24,9% mit einem Erstattungssatz von 24,3% für Niedersachsen. Die Berechnung der Bundesbeteiligung anhand der Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und Heizung ergeben für das Jahr 2011 einen Vergleichswert von derzeit bundesdurchschnittlich 37,7%.

Dies macht auch in diesem Jahr wieder deutlich, dass eine wesentliche Entlastung des Haushaltes nur von außen erfolgen kann, oder Zugeständnisse der Allgemeinheit bei den Qualitätsstandards der Verwaltungsleistungen erforderlich sind. Eine Erhöhung der Erträge und Einzahlungen wäre nur dort möglich, wo der Landkreis Wolfenbüttel selbst Gestaltungsmöglichkeiten hat. Das wäre in erster Linie bei der Erhebung der Kreisumlage der Fall. Eine Erhöhung der Kreisumlage kann aber nicht zur Disposition stehen, da auch die meisten kreisangehörigen Kommunen nicht über ausgeglichene Haushalte verfügen. Gleichwohl gilt es, neue Projekte auf ihren Nutzen und ihre Kosten hin eingehend zu überprüfen. Nur so kann gewährleistet sein, dass auch die Finanzierung gesichert ist.

Zum 01.01.2011 wird der Regiebetrieb Gebäudewirtschaft wieder in den Kernhaushalt integriert und hier als Amt 23 mit dem eigenen Teilhaushalt 23 geführt. Demzufolge ist eine Steigerung der Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt und der Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzhaushalt eingetreten. Allein die Aufwendungen für aktives Personal steigen um 1.500.600 Euro. Nicht mehr im Ergebnis- und Finanzhaushalt enthalten, sind die an die Gebäudewirtschaft zu entrichtenden Mieten und Betriebskosten des Kernhaushaltes in Höhe von rund 6,1 Mill. Euro. Auf Grund der neuen Organisation müssen sie als interne Leistungsverrechnung veranschlagt werden.

Gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 erhöhen sich die Aufwendungen für aktives Personal um ca. 2.850.000 Euro, wobei die Integration der Gebäudewirtschaft und die erhöhten Zuführungen zu den Rückstellungen rund 2,6 Mill. Euro ausmachen. Weitere 250.000 Euro sind dem Referat Schule und Sport zuzuordnen.

Finanzhaushalt

Insbesondere wegen des Wegfalls der Zuweisung für investive Zwecke ab 2010 zur Finanzierung investiver Auszahlungen ist in den Jahren des Finanzplanungszeitraums ein Ausgleich des Finanzhaushaltes kaum zu erwarten. Daher wird es unerlässlich sein, die Konsolidierungsanstrengungen verstärkt fortzusetzen. Insbesondere muss einer Steigerung des Zuschussbedarfs im Bereich der freiwilligen Aufgaben so weit wie möglich entgegen gesteuert werden.

Ein Ausgleich der Einzahlungen mit den Auszahlungen für Investitionstätigkeiten im Finanzhaushalt wird ebenfalls nicht erreicht werden können. Da nur für diesen Bereich Kredite zum Ausgleich aufgenommen werden dürfen, ist hier die Aufnahme eines weiteren Kredites in Höhe von insgesamt 10.500.100 Euro vorgesehen, der das Gesamtdefizit im Finanzhaushalt auf rund 9,0 Mill. Euro reduziert. Bereits für das Haushaltsjahr 2010 wurde zum Ausgleich der Investitionen die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 6.640.800 Euro veranschlagt.

Der auch in diesem Haushaltsjahr wieder negative Abschluss sowohl im Ergebnis- wie auch im Finanzhaushalt beeinträchtigt die Zahlungsfähigkeit der Kreiskasse weiterhin. Die Höhe des Finanzierungsmittelfehlbedarfs aus dem Finanzhaushalt in Höhe von 8.925.100 Euro belastet den Ergebnishaushalt in Form der Zinszahlungen für Liquiditätskredit weiterhin enorm. Auch für die Folgejahre ist ein Rückgang der Zinszahlungen nicht zu erwarten.

Die weitere Entwicklung wird durch die kameralen Defizite aus Vorjahren in Höhe von rund 35 Millionen Euro belastet, die der Landkreis in seiner ersten Eröffnungsbilanz ausweisen wird. Hinzu kommt ein Defizit des Ergebnishaushaltes 2010, das mit 7.350.600 Euro veranschlagt war. Da auch der Haushaltsausgleich 2011 nicht erreicht wird – das Defizit liegt bei 6.979.800 Euro -, und auch die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung nicht ausgeglichen sein wird, kann von einer dauernden Leistungsfähigkeit des Landkreises Wolfenbüttel gemäß § 23 GemHKVO immer noch nicht die Rede sein. Zumal nach der mittelfristigen Finanzplanung der Bestand an Zahlungsmitteln weiter absinken wird. Bis zum Jahr 2014 ist mit einem neuen Liquiditätskreditvolumen in Höhe von 34.833.300 Euro zu rechnen. Rechnet man die Liquiditätskredite aus den Vorjahren in Höhe von rund 40 Mill. Euro hinzu, wird sich am Ende des Jahres 2014 der Gesamtbetrag der Liquiditätskredite auf ca. 75 Mill. Euro belaufen.

Alle weiteren Beratungen und Erläuterungen der einzelnen Teilhaushalte werden -wie in den Vorjahren- in den jeweils zuständigen Fachausschüssen vorbereitet. Die Planungen der Eigenbetriebe „Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel“ und „Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel“ werden über eigene Drucksachen der Beschlussfassung zugeführt. Dies gilt auch für den Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel.

Die Beschlussfassung über den Haushalt 2011 ist für den 13.Dezember 2010 vorgesehen.

Jörg Röhmann